

Debatte zum Thema Homosexualität während der Tagung der Landessynode am 28. November 2000

mit Äußerungen der Personaldezernentin Ilse Junkermann, des damaligen Bischofs D. Eberhardt Renz, des heutigen Bischofs und damaligen Prälaten von Ulm Dr. Gerhard Maier und verschiedener Mitglieder der Landessynode

Greiner: Frau Präsidentin, liebe Synodale! Bei dem, was ich jetzt sage, kann man sicher auch fragen: Gehört das dazu? Ich meine, es gehört dazu, weil es sich um Pfarrerinnen und Pfarrer handelt.

Das Positionspapier der Kirchenleitung „Gesichtspunkte zur Beschäftigung homosexueller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen“ hat durch die Veröffentlichung zu heftigen Diskussionen und zu Verwirrungen in der Gemeinde geführt. Ich zitiere einige Schlagzeilen aus Zeitungen: „Landeskirche öffnet sich vorsichtig für homosexuelle Amtsträger“, „Die gemeinsame Zugehörigkeit von Homo- und Heterosexuellen zur Kirche ist eine Bereicherung“, „Württemberg: Homosexuelle dürfen ins Pfarramt“. Ich frage: Wie kommt es zu solchen lauten und mißverständlichen Tönen?

Es war eine unglückliche Stunde, als beschlossen wurde, dieses Papier, ursprünglich nur für den Oberkirchenrat als Entscheidungshilfe bestimmt, zu veröffentlichen. Nun ist die Diskussion öffentlich. Deshalb möchte ich dazu erklären: Für mich lehnt die Bibel homosexuelle Praxis eindeutig ab. Deshalb kann die Kirche homophile Lebensgemeinschaften im Pfarrhaus weder bejahen noch öffentlich segnen. Die Kirche hat aber allen homophilen Menschen ohne Diskriminierung mit Liebe zu begegnen.

Ich respektiere jede andere Exegese der betreffenden Stelle. Aber ich möchte auch meine Exegese deutlich sagen.

Bei schwulen und lesbischen Paaren im Pfarramt wird die Glaubwürdigkeit der christlichen Verkündigung – ich sage es vorsichtig – berührt. § 20 des Pfarrergesetzes, Verhalten im öffentlichen Leben, gilt für alle im Pfarrdienst. Dabei ist streng zu unterscheiden zwischen der biblisch begründeten Ablehnung des Phänomens Homosexualität einerseits und dem fairen Umgang mit homosexuellen Menschen, gerade im Pfarramt, andererseits. Zu dieser Spannung gehört: keine Ausgrenzung, sondern, in bewusster Korrektur schuldhafter Kirchengeschichte, Eingemeindung, hinein in die Gemeinde.

Andererseits darf eine Heilung nicht dadurch verhindert werden, daß eine Anerkennung homosexueller Lebensformen den Willen zur Veränderung schwächt. Die Hoffnung auf Heilung steht unter der Verheißung, die Gott schafft – Paulus 1. Kor 6,11: „Und solche sind manche von euch gewesen“, also geheilt.

Dies gilt auch und zuerst für homophile Pfarrer und Pfarrerinnen. Dieser Gesichtspunkt der möglichen Heilung ist biblisch. Er fehlt aber bei „Gesichtspunkte“ als wichtiger Gesichtspunkt im Blick auf die Situation von homosexuellen kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich bedaure, daß dieser Gesichtspunkt fehlt. (Vereinzelt Beifall)

Frau Dr. **Hausding:** Frau Präsidentin, liebe Synodale! Ich möchte auch auf dieses Papier eingehen, vor allem auf seine Entstehung und dann Veröffentlichung.

Wie schon erwähnt, war es ursprünglich als Arbeitshilfe für den Oberkirchenrat konzipiert. Der Auftrag des Bischofs an die Arbeitsgruppe war mit der Erstellung des Papiers eigentlich erfüllt. Es lag seit drei Jahren vor, aber warum wurde es dann veröffentlicht?

Es ist nicht nur zum Schaden für unsere Kirche, weil es vom Inhalt her unzulänglich ist, sondern ich halte auch den Vorgang für sehr bedenklich. Es darf doch nicht sein, daß etwas, was ausdrücklich zum internen Gebrauch erarbeitet wurde, dann im nachhinein ohne Zustimmung aller Beteiligten an die Öffentlichkeit gegeben wird.

Das hätte allenfalls geschehen dürfen, wenn die Arbeitsgruppe zu einem einstimmigen Votum gekommen wäre. Das ist aber nicht der Fall. Man formuliert anders, wenn man weiß, daß etwas anschließend veröffentlicht wird. Die Besetzung der Arbeitsgruppe war einseitig, in keiner Weise repräsentativ für unsere Kirche. Das wird gar nicht deutlich. Das müßte man aber wissen, um das Ergebnis bewerten zu können.

Das Papier wird in der Öffentlichkeit jetzt als Erklärung der Landeskirche aufgefaßt. Wer diesen Vorgang bewußt wahrgenommen hat, wird in Zukunft kaum noch bereit sein, an einem brisanten Thema mitzuarbeiten, wenn man damit rechnen muß, daß das Ergebnis entgegen den Vorgaben nicht vertraulich behandelt wird, sondern man sich nachher auf dem Präsentierteller wiederfindet. Es könnte in Zukunft schwierig sein, für ein solches Projekt noch einmal Mitarbeiter mit unterschiedlichen Positionen zu finden.

Die Veröffentlichung des Papiers geschah mit der Absicht, die Diskussion in den Gemeinden zu fördern und die biblische Position zu stärken. Bischof Renz schreibt im Vorwort, er hoffe, daß das Papier „vielleicht hilft, ein offenes Gespräch zu führen und zu einer Klarheit zu kommen, die sich für uns als Kirche der Reformation letztlich aus dem biblischen Wort ergeben muß“.

Nun ist das Papier aber nicht wirklich offen. Es enthält bereits Vorentscheidungen. Es ist nicht auf dem aktuellen Stand der humanwissenschaftlichen Forschung. Herr Greiner hat es schon angedeutet. Die Tatsache, daß sich homophile Neigungen in vielen Fällen als veränderbar erwiesen haben, wird gar nicht erwähnt. Es wird auch mit keinem Wort auf Hilfen für die Betroffenen hingewiesen, wie sie etwa durch die Seelsorgerorganisation „Wüstenstrom“ in Tamm angeboten werden. Damit bleiben wir als Kirche betroffenen Menschen etwas Entscheidendes schuldig.

Zurecht wird eine Entschuldigung ausgesprochen gegenüber Menschen, die diskriminiert worden sind, aber die wäre ebenso notwendig gegenüber solchen Betroffenen, denen aus einer falschverstandenen Rücksicht bisher seelsorgerliche Hilfe und eine Aussicht auf Veränderung vorenthalten wurde.

Ich will noch ein Problem benennen, das schwer wiegt. Wenn unsere Kirche die homosexuelle Praxis von Mitarbeitern akzeptiert, dann isolieren wir uns damit innerhalb der Ökumene. Wir müssen doch im Blick auf andere Kirchen wahrnehmen, daß sie beinahe einhellig homosexuelle Praxis für Christen ablehnen, weil sie nach Aussagen der Bibel nicht Gottes Willen entspricht. Deshalb belasten wir mit einem solchen Alleingang das ökumenische Miteinander. Mit den hier verbreiteten Positionen verläßt unserer Landeskirche nicht nur die biblische Basis, wir verabschieden uns zudem aus einer zweitausendjährigen christlichen Tradition und auch aus der jüdischen Tradition. (Beifall)

Oberkirchenrätin **Junkermann**: Frau Präsidentin! Liebe Synodale! Ich werde zunächst zu der Anfrage den Pfarrdienst betreffend etwas sagen. Der Herr Landesbischof, denke ich, wird selbst auch noch etwas dazu sagen.

Der Oberkirchenrat bedauert die Schlagzeilen, vor allem in der kirchlichen Presse, die Herr Greiner zitiert hat, die über die Veröffentlichung der Gesichtspunkte berichten. Der Oberkirchenrat bedauert diese Schlagzeilen umso mehr, als sie dem Ziel der veröffentlichten Gesichtspunkte im Blick auf die Situation homosexueller kirchlicher Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter genau entgegenlaufen, allerdings mit Ausnahmen. Die Gesichtspunkte wurden veröffentlicht, weil wir in der evangelischen Kirche dem Gespräch verpflichtet sind. Gemeinschaft in der evangelischen Kirche ist dem Gespräch miteinander, untereinander vor allem dann verpflichtet, wenn es um strittige oder – noch schwerwiegender – um tabuisierte Fragen und Themen geht. (Beifall)

Die Landessynode selbst hat auf ihrer Klausurtagung in Reute 1995 ein deutliches Signal für ein solches Gespräch gegeben und im gemeinsamen Bericht von Landessynode und Oberkirchenrat ein Zwischenergebnis festgestellt. Auch dieses ist nochmals in den Gesichtspunkten veröffentlicht, um den Gesprächsprozess und die Geschichte deutlich zu machen. Dort heißt es: „Wir nahmen auch die Erkenntnis mit, daß wir für die Situation gleichgeschlechtlich Empfindender oder in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft lebender Menschen sensibler werden müssen. Hinter diesen Gesprächsstand dürfen wir in unserer Landeskirche nicht mehr zurückfallen. Wir müssen vielmehr gemeinsam nach Wegen suchen, daß homophile Menschen auch in unseren Kirchengemeinden ihr Angenommensein durch Gott erfahren und einen angemessenen Platz finden können.“

Dazu hat die Klausursynode damals Anregungen für die Gemeinden gegeben und gebeten, „mehr als bisher wahrzunehmen, daß Gemeindeglieder, auch kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nicht erst heute in verschiedenen Lebensformen leben. Auch diese Menschen sollen in den Gemeinden Raum finden, angstfreie Gespräche sollten möglich werden. Auch den homophilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kirche muß es ermöglicht werden, sich an der innerkirchlichen Diskussion über Lebensformen direkt und offen beteiligen zu können, ohne rechtliche Nachteile oder persönliche Diskriminierung befürchten zu müssen.“ Ein hoher Anspruch von 1995, der schon anzeigt, daß dieses Gespräch immer eine Gratwanderung ist und man nach der einen oder anderen Seite, wenn nicht abstürzen, so doch vielleicht manches losstreifen kann. Das haben zumindest manche Schlagzeilen gezeigt, daß etwas losgetreten werden kann, wenn versucht wird, daß Christenmenschen in der Kirche miteinander über strittige und über jahrhundertlang tabuisierte Themen miteinander sprechen.

Ich bin froh, Herr Greiner, daß Sie betont haben, daß es bei Ihrer Anfrage um ein Anliegen in diesem Gespräch geht und nicht um die Diskriminierung von Menschen oder ihrer sexuellen Orientierung. Für die Landeskirche wurde in der Klausursynode in Reute angeregt, eine landeskirchliche Arbeitsgruppe Homophilie zu berufen. Der Herr Landesbischof hat dies im März 1996 getan und den Prälaten von Ulm, Herrn Dr. Maier, gebeten, den Vorsitz und die Moderation in dieser Arbeitsgruppe zu übernehmen. Die Arbeitsgruppe hat ihr Ergebnis im Juli 1997 vorgelegt, veröffentlicht wurde sie jetzt im September 2000.

In diesem Ergebnis ist festgehalten und auch graphisch deutlich gemacht, es gibt gemeinsame Positionen zu den unterschiedlichen Aspekten, was diese Lebensform bedeutet, zum Beispiel auf Seite 11 oben als gemeinsame Position: „Die Kirche muß deutlich machen, daß entgegen früherer Verhaltensweisen und Vorbehalte auch homosexuelle Menschen fraglos zu unserer Kirche gehören und dieselbe Liebe und Zuwendung Gottes empfangen wie alle anderen Mitglieder der Kirche auch.“

Und es gibt strittige Fragen, auch dies zeigen die Gesichtspunkte, und entsprechend gegensätzliche Positionen, z. B. in der grundsätzlichen Bewertung von homosexuellen Beziehungen im Rahmen biblischer Anthropologie. Das dokumentieren die Gesichtspunkte.

Nun war Ihre Anfrage, warum ist dies veröffentlicht worden, noch deutlicher gestellt von Ihnen, Frau Dr. Hausding. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe im Juli 1997, dem Landesbischof und von diesem dem Kollegium des Evangelischen Oberkirchenrats vorgelegt, wurde ausführlich und mehrfach im Oberkirchenrat beraten. Schließlich auch in gemeinsamer Sitzung des Evangelischen Oberkirchenrats mit den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses der Landessynode. In dieser gemeinsamen Sitzung ist beschlossen worden, daß sowohl die

Kundgebung von Reute, gemeinsam von Landessynode und Oberkirchenrat 1995, als auch dieses Arbeitsergebnis veröffentlicht werden sollen, damit diese Gesichtspunkte einen Ausgangspunkt bilden können für Gespräche in den Gemeinden in der Hoffnung und in der Zumutung, daß Christenmenschen in der christlichen Gemeinschaft ein offenes Gespräch immer wieder neu wagen können. D. h., diese Gesichtspunkte sind ein Werben für das Gespräch und in diesem Werben sehr wohl, so denke ich, für alle unterschiedlich Beteiligten eine Zumutung.

Das Kollegium des Oberkirchenrats hat sich darüber hinaus – und mußte es auch tun, und danach haben Sie ja gefragt – intern verständigt über die rechtlichen Rahmenbedingungen für kirchliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, insbesondere für Pfarrerinnen und Pfarrer in der Landeskirche betreffend Homosexualität und Dienstauftrag. Sie hat dieses auch intern mit der Pfarrerschaft, mit der Pfarrervertretung diskutiert, und ich möchte Ihnen mitteilen, was darin festgehalten ist.

1. Homosexualität stellt die Eignung für den Dienst als Pfarrerin und Pfarrer nicht grundsätzlich in Frage. Entscheidend ist, daß dadurch die Ausübung des Dienstes nicht behindert wird.
2. Die kirchlichen Anstellungsträger haben keinen Anspruch darauf, über das Sexualleben der Bewerberinnen und Bewerber bzw. der Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber Auskünfte zu verlangen und diese auszuforschen.
3. Bewerberinnen und Bewerber werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie aber möglicherweise wegen ihrer Orientierung nicht auf allen Stellen in der Landeskirche eingesetzt werden können und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß ihnen bei Bewerbungen Nachteile entstehen oder bei nichtüberwindbaren Auseinandersetzungen in der Gemeinde aufgrund ihrer Lebensführung die Versetzung in den Wartestand in Betracht kommen kann.
4. Auch homosexuelle Pfarrerinnen und Pfarrer sind in ihrer Verkündigung an das biblische Leitbild gebunden, wonach die Ehe Gottes gute Gabe und Aufgabe ist. Die eigene Lebensgestaltung darf dem gegenüber nicht als Leitbild vertreten werden.
5. Für viele Kirchenmitglieder ist es schwer, aufgrund tiefgehender Prägung insbesondere wegen des biblischen Zeugnisses Homosexualität zu akzeptieren. Darauf müssen betroffene Pfarrerinnen und Pfarrer Rücksicht nehmen und sich entsprechend verhalten. Vor allem dürfen sie durch ihr Verhalten keinen Anlaß zu Spaltungen in der Gemeinde geben.
6. Das Leben als Pfarrerin und Pfarrer ist auch ein öffentliches Zeugnis. Deshalb muß Rücksicht auf Menschen genommen werden, denen durch eine öffentlich gelebte homosexuelle Beziehung der Zugang zu ihrer Pfarrerin oder ihrem Pfarrer erschwert würde. Daher ist es im Grundsatz nicht möglich, daß homosexuelle Paare gemeinsam im Pfarrhaus leben.
- Ein 7. Punkt ist, daß Regelungen entsprechend für alle anderen kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelten, wobei insbesondere die jeweilige Nähe zum Verkündigungsauftrag der Kirche zu berücksichtigen ist.

Sie haben gemerkt bei diesen Punkten: Es geht einerseits um den Schutz der Personen und ein Ende der Praxis der Diskriminierung, in den ersten zwei Punkten formuliert. In den weiteren Punkten, auch diese Punkte sind eine Gratwanderung, geht es um den Schutz des öffentlichen Pfarreramtes. Es geht uns um den Schutz, den dieses Amt braucht im Blick auf den öffentlichen Verkündigungsauftrag und zu Gunsten des öffentlichen Verkündigungsauftrages. Und es geht um einen möglichen Anstoß, daß nach wie vor Menschen mit einer homosexuellen Orientierung Nachteile auch in ihrem Beruf in Kauf nehmen müssen. Das ist festgehalten und ich halte es für sinnvoll, daß es festgehalten ist, um Klarheit zu verschaffen.

Ich möchte festhalten für unsere gegenwärtige Situation: Es gibt Pfarrer und Pfarrerinnen in der Landeskirche, die homosexuell orientiert sind. Ich möchte festhalten, es gibt Kirchengemeinden in der Landeskirche, die durch diese sexuelle Orientierung die Zusammenarbeit mit Pfarrer oder Pfarrerin nicht in Frage gestellt sehen. Das halte ich für einen wichtigen Gesichtspunkt auch für die Kirchenleitung, auf die Situation, auf die Gemeinde vor Ort zu hören, so oder so.

Ich möchte 3. feststellen: Es gibt nach wie vor, und dafür stehen auch die Gesichtspunkte, in der Landeskirche grundlegende Unterschiede im Hören auf und in der Auslegung des biblischen Zeugnisses, Homosexualität betreffend. Und ich möchte festhalten, und da unterscheidet sich mein Kenntnisstand von dem, was Sie, Frau Dr. Hausding vorgetragen haben, die wissenschaftliche Forschung, ob die Homosexualität und die homosexuelle Orientierung eine Anlage ist oder eine revidierbare Verhaltensweise, dies ist nicht eindeutig und nach wie vor in der Diskussion umstritten.

Diese vier Punkte zeigen uns, wir leben in Spannungen, so hieß auch die Schrift aus der EKD, und wir sind gehalten, die Menschenwürde zu achten, was Sie unterstrichen haben. Und es heißt, wir sind darauf angewiesen, egal wie unterschiedlich jemand betroffen ist, miteinander darüber im Gespräch zu bleiben, auch in der Ökumene, immer wieder beziehend auf die biblische Basis, um zu hören, warum Andere jeweils anders hören.

Aus meiner Sicht – es war eine Frage von Ihnen beiden, warum es keine Hinweise auf die umstrittene Forschung und die Möglichkeit der Heilung gibt -: Ich denke, das hat alles mit der jahrhundertelangen, bis ins letzte Jahrhundert und ins neue Jahrhundert reichenden angstbesetzten Geschichte zu tun und eine Eingemeindung, das war Ihr Stichwort, in der Kirche immer nur nach Paulus in der Form der Bitte geschehen kann (2. Kor. 5). D. h., ob sozusagen das Anbieten von sogenannten objektiven Wahrheiten auch vom Subjekt vollzogen werden kann, das ist eine Frage der Bitte und des Angebots und nicht eine automatische Klärung sozusagen, damit die, die Anstoß daran nehmen und Schwierigkeiten mit der Frage haben, für sich das Problem gelöst haben. Da sind wir besonders gefordert, unsere Kraft und auch Anstrengung in die Formulierung der Bitte zu legen und an diesem Punkt sehr sorgfältig auf die Geschichte zu achten.

Landesbischof **Renz**: Frau Präsidentin, liebe Synodale! Das Gespräch über Homosexualität ist für mich ein Beispiel, wie schwierig es ist, in der Landeskirche das Gespräch über ein schwieriges Thema in Gang zu bringen, bzw. in Gang zu halten. Ich stelle fest, wieviel Angst darüber besteht, überhaupt Worte wie schwul oder lesbisch in den Mund zu nehmen und, weil man das nicht will, überhaupt nicht darüber redet.

Ich stelle immer wieder fest, wie schwer es ist, eine Position, die anders ist als meine, ganz gleich, auf welcher Seite ich bei dem Thema stehe, anzuerkennen oder ihr überhaupt zuzuhören. Die angstfreien Gespräche, die wir alle wollen, sind äußerst schwer zu erreichen, und zwar für beide Seiten, für beide Positionen, die wir in den „Gesichtspunkten“ darstellen.

Das Zweite. Ich habe versucht, bei der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe möglichst alle Seiten einzubeziehen. Das war gar nicht leicht, weil für alle, die in der Arbeitsgruppe mitarbeiteten, klar war, was für eine riesige Zumutung an sie herangetragen wird. Man kann mit Sicherheit sagen, daß man die Arbeitsgruppe noch besser hätte zusammensetzen können, was immer das heißt. Denn im Klartext heißt das ja nur: Meine Position war nicht stark genug vertreten.

Ich war der Meinung, daß die Arbeitsgruppe fair miteinander umgeht, um alle Positionen, die es gibt, zur Sprache zu bringen. Ich bin auch der Meinung, daß die Arbeitsgruppe das geschafft hat.

Zum Dritten. Es gab eine lange Diskussion, ob es zu einer Veröffentlichung kommen soll. Wir haben diese Frage im Oberkirchenrat sehr lange hin und her gewälzt und im Ständigen Ausschuß genauso lang diskutiert, bis wir zu dem Ergebnis kamen, es doch zu tun. Das bedeutete, daß wir alle Mitarbeiter der Arbeitsgruppe gefragt haben, wie sie dazu stehen. Eine Mehrheit hat dann zugestimmt.

In Erinnerung an eine frühere Arbeitsgruppe, die Bischof Sorg eingesetzt hatte, und die einen Bericht verfaßt hatte, den er aber nie so freigab, daß man ihn hätte lesen können, waren wir in der gemeinsamen Sitzung mit dem Ständigen Ausschuß der Meinung, wir sollten dies nicht wiederholen.

Wir haben das Papier bewußt „Gesichtspunkte“ genannt. Ich stelle fest, daß die meisten das nicht sehen. Denn „Gesichtspunkte“ bedeutet eine Herausforderung zur eigenen Diskussion. Wir wollen ein Gespräch in Gang bringen und befördern und lernen, wie man mit einem Tabuthema umgehen kann.

Deshalb stehen in dem Papier jedesmal zwei Positionen nebeneinander, sowohl in dem Papier, das die Synode in Reute erstellt hat, als auch in dem Papier, das die Arbeitsgruppe erarbeitet hat. Ich meine, wir sollten als Synode und als Oberkirchenrat nach wie vor dazu stehen, daß es an dieser Stelle zwei Positionen gibt, solange wir nicht eine Position erreicht haben.

Ich muß aber auch feststellen, daß die Reaktionen, die uns im Bischofsbüro erreichen, eher so ausfallen, daß es reine Abwehr ist, sich mit dem Thema überhaupt auseinanderzusetzen, weil doch feststehe, was richtig ist, und zwar von beiden Seiten.

Wir können es uns nicht leisten, daß wir uns jedesmal von einer Seite in die Ecke stellen lassen, egal, welche es ist. Ich bekomme von beiden Seiten Briefe, die mir sagen: Es ist doch klar, was eigentlich recht ist.

Von der Art des Umgangs mit der Thematik ist Prälat Gerhard Maier am meisten betroffen. Ich wußte schon, was ich ihm zumute, als ich bat, die Moderation der Arbeitsgruppe zu übernehmen. Ich spreche bewußt von Moderation, weil ja auch ihm freigestellt sein muß, in der Arbeitsgruppe seine Position zu vertreten. Das hat er wie alle anderen Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe auch getan.

Es war uns auch klar, daß es nicht einfach sein würde, die Arbeit zu moderieren und überhaupt in der Arbeitsgruppe mitzuarbeiten, weil alle wußten, daß sie zu der Position stehen wollen, die sie vertreten, und sich damit ganz sicher angreifbar machen. Ich halte es für ausgesprochen unfair, wie Gerhard Maier all das angelastet wird, was dem einen nicht paßt und was dem anderen nicht paßt. Ich bitte Sie, dafür zu sorgen, daß das, was der eine vertritt oder was der andere vertritt, nicht laufend ihm von allen Seiten unterstellt wird.

Deshalb bitte ich Sie als Landessynode und den Oberkirchenrat, alles zu tun, damit das Thema nicht wieder tabuisiert wird; denn in dieser Gefahr sind wir jetzt, weil wir aufgrund des Papiers, das wir auf dem Tisch haben, nur selbstdarstellende Positionskämpfe erleben, statt das Papier einmal wirklich intensiv und genau zu lesen. Man nimmt ein Schlagwort und schreibt sofort einen Brief an den Bischof; das wird zum Normalfall in der Landeskirche. Ich lasse immer zurückfragen, ob man denn das Papier von A bis Z gelesen habe, und dem ist dann meist nicht so.

Ich finde das Wort „Bereicherung“ nicht sehr hilfreich – das gebe ich gerne zu –; aber muß man das ganze Papier wegen dieses Wortes auf die Seite schieben und sagen: Es ist nichts nütze? Man kann sich ja einmal überlegen, warum jemand auf die Idee kommt, das Wort ins Gespräch zu bringen. Dann plötzlich sähe man sich womöglich auf der anderen Seite und wäre gezwungen, einmal von dieser Seite aus zu denken.

Ich glaube nach wie vor, daß das Papier ein hilfreiches Angebot für das Gespräch ist. Aber ich bitte Sie: Machen wir uns dieses Gespräch nicht zu einfach!

Ich habe am letzten Freitag einen langen Abend mit einer Selbsthilfegruppe von Eltern schwuler und lesbischer Kinder verbracht. Ich habe mir zwei Stunden lang erzählen lassen, wie Eltern oder Kinder mit dem Faktum in der eigenen Familie umzugehen versuchen, und zwar mit einer überraschenden Tatsache, die sie plötzlich trifft. Ich könnte Ihnen eine Menge Beispiele erzählen; das will ich nicht tun. Ein junger Mann sagte: Ich bin in der Gruppe, weil ich meiner Mutter helfen will, mich zu verstehen. Eltern sagten: Wir sind in der Gruppe, weil wir verhindern möchten, unsere Kinder einfach auf die Seite zu schieben. Für diese Gruppe – etwa 30 Menschen –, so wie sie zusammengesetzt war, ist keineswegs klar, wo sie denn ihre Position finden wollen, weil die Entwicklung zur Homosexualität genauso überraschend sein kann wie das Umgekehrte.

Ich habe in dieser Gruppe auch dafür geworben, daß wir die Entwicklungen nicht einfach abblocken, weil wir meinen: Für die einen ist es eine glänzende Schöpfungsvariante – ihr habt das nur noch nicht kapiert –, und für die anderen gibt es einen Weg, der wo anders hinführt und den wir uns offen halten. Das ist – ich denke jetzt an diese Eltern und die Kinder, die dabeigewesen sind – ein langer und sehr mühsamer Weg. Wir, die wir über dieses Thema diskutieren, sollten ihn nicht einfach abkürzen.

Wir sagen sehr schnell „keine Ausgrenzung“, „keine Diskriminierung“. Das scheint für alle klar zu sein. Aber, liebe Synodale, es ist leichter, die Würde des Menschen zu fordern, als sie im konkreten Fall durchzuhalten.

Prälat Dr. **Maier**: Nach dem, was jetzt gesagt wurde, kann ich mich sehr kurz fassen. Es wäre überdies sehr schwierig, jetzt im Blick auf meine Person viel auszuführen. Ich hatte allerdings keine besonders leichte Zeit. Man lernt den Menschen in einer solchen Situation noch einmal ganz anders kennen.

Ich möchte noch folgende Punkte aus meiner Sicht und von unserem Arbeitsauftrag her verdeutlichen:

Erstens: Das Positionspapier der Arbeitsgruppe Homophilie ist keine kirchenamtliche Erklärung gewesen, sondern ist das Arbeitsergebnis einer Arbeitsgruppe, so wie prinzipiell mehrere Arbeitsgruppen in einer Kirche denkbar sind. Ich denke, es wurde oft mit einer solchen offiziellen Stellungnahme unserer Landeskirche verwechselt.

Das Zweite: Es sollte ein Ausgangspunkt für die Gespräche sein, nicht nur für Streit.

Das Dritte: Der Arbeitsauftrag umschloß nicht die Frage einer eventuellen Heilung, so wenig wie die Synode 1995 zu diesem Thema Festlegungen getroffen und Äußerungen gemacht hat.

Viertens: Wir haben versucht, unter den Stichworten „Zugehörigkeit, Liebe und Zuwendung“ deutlich zu machen, was sich die ganze Arbeitsgruppe eigentlich hier an Positionen vorgestellt hat. Wir wollten keine Überheblichkeit denen gegenüber, die mit einer anderen sexuellen Orientierung in unseren Gemeinden leben, als wir es gewohnt sind. Wir haben deutlich gemeinsame Zugehörigkeit, Anerkennung unserer Schuld und Vermeidung der Diskriminierung zum Ausdruck gebracht. Dazu müssen wir als Kirche, denke ich, stehen. Ich kann ja nicht sagen, daß ich irgendwo besser bin.

Das Sechste, was ich nennen wollte: Es ist klar, daß wir ganz verschiedener Meinung in der Frage waren: Was sagt nun die Bibel zu einer homosexuellen Praxis? Sie wissen, daß ich der

festen Überzeugung bin, daß die Bibel eine solche homosexuelle Praxis ablehnt und daß sie deshalb nicht als eine erlaubte Lebensgemeinschaft in Frage kommen kann. Das ist meine persönliche Meinung. Daran habe ich auch nichts abgestrichen. Andere waren anderer Auffassung. Das sehen Sie nun.

Siebtens: Wir waren auch verschiedener Meinung im Blick auf die Frage der Aufnahme in den Pfarrdienst und überhaupt in den kirchlichen Dienst. Was hier für eine Linie von uns als Kirchenleitung verfolgt wird, hat Frau Junkermann ganz eindeutig dargestellt, denke ich. Einig waren wir uns, daß eine Segnung von homophilen Paaren für uns in Württemberg nicht stattfindet. Das hat die Württembergische Landeskirche mit einer uneingeschränkten Klarheit zum Ausdruck gebracht. Ich bitte das einfach auch noch einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Ich wünschte mir, man würde in ein Sachgespräch kommen und sich nicht in Personalisierungen hineinbegeben. (Lebhafter Beifall)

Bauch: Frau Präsidentin, liebe Synode! Wir leben in Spannungen, aber wir sollten auch in Spannungen gehalten werden, wenn solche Initiativen an solchen Stellen einer Haushaltsplanberatung ergriffen werden. Damit sind ja nächste Schlagzeilen garantiert, die möglicherweise auch wieder öffentlichen Druck ausüben.

Vielen Dank Ihnen, Frau Junkermann, Ihnen, Herr Landesbischof, und Ihnen, Herr Prälat Maier, daß Sie uns in so guter Form an diesem Gesprächsprozeß in der Arbeitsgruppe und im Kollegium sowie an dieser Haltung mit den Gesichtspunkten in unserer Landeskirche teilhaben lassen können. Und in dieser Form können wir, glaube ich, dem Thema gerecht werden.

Wir haben homophile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch in der Pfarrerschaft, zur Kenntnis zu nehmen und anzunehmen. Wir verstehen nicht, nachdem wir in Reutte eine Klausurtagung hatten, in der wir sehr offen mit betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesprochen haben, warum dieses Thema - das muß man den Mitgliedern der Lebendigen Gemeinde sagen - zu einem dauerhaft spaltenden Dauerthema gemacht werden muß; denn anders erleben wir dies nicht. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Wir erleben doch seit Jahren, daß wir auf vielen Veranstaltungen permanent gezwungen sind, immer wieder deutlich zu machen, daß wir hier der Würde der Menschen angemessene Gespräche führen wollen und daß es nicht zu spaltenden Themen kommen soll. Aber Ihnen liegt daran, das immer zu einem spaltenden Thema zu machen. Das ist unser Empfinden. Bitte, nehmen Sie das auch von uns so an.

Wir sind ja gespannt, ob wir in der Lage sind, in der Form, wie es uns gerade vorgemacht wurde, auch im Blick auf eine Synodalwahl Gespräche zu führen, oder ob das wieder so wird, daß in fast jeder Veranstaltung ein spaltendes Dauerthema daraus gemacht wird. Ich denke, eine solche Auseinandersetzung wäre ein Rückschritt hinter das, was diese „Gesichtspunkte“ einzubringen haben. Die Arbeitshilfe soll Gespräch und Sicherheit im Umgang miteinander ermöglichen, soll gesprächsfähig machen. Sie soll Möglichkeiten schaffen, verantwortliche Gespräche führen zu können. Ich bin froh, daß noch einmal deutlich wird, daß es nicht um kirchenamtliche Erklärungen geht, sondern um Gespräche in unserer Kirche und unter Menschen in dieser Kirche. Es geht um Schutz der Person. Es geht um die Frage der Diskriminierung. Der Schutz des öffentlichen Pfarramts wurde angesprochen.

Gemeinden vor Ort sind offensichtlich weiter als wir in manchen Positionen hier in der Synode. Ich darf Ihnen sagen: Das macht uns Hoffnung. Wir bitten Sie alle sehr herzlich: Halten Sie es aus, daß in den Gesichtspunkten strittige Themen zueinander und gegeneinander gestellt sind, über die wir sprechen können. Halten Sie es doch bitte aus, daß die Frage der Heilung offensichtlich nicht einfach so unbestritten ist und nicht von allen unbestritten so abgeleitet werden kann, wie Sie es in den Raum gestellt haben. Nur dann wird die Frage der Ausgrenzung und Diskriminierung beseitigt sein, und nur dann werden wir in der Zukunft die Möglichkeit

haben, miteinander richtig zu sprechen. Wir bedauern sehr, daß wir solche Fragen nicht in Ausschüssen oder im Ständigen Ausschuß miteinander beraten können, sondern daß Sie immer in der Konsequenz zu öffentlichen Schlagzeilen führen müssen. (Beifall)

Präsidentin: Herr Bauch, ich verstehe Ihre Position. Es sind hier jetzt verschiedene Positionen deutlich geworden. Wir sehen, wie wir bei diesem Thema ringen. Ich hätte bloß gerne den Begriff mit der Absicht des „Spaltens“ herausgenommen. Ich möchte aber jetzt die Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Herrn Schaudé aufrufen.

Schaude: Frau Präsidentin, liebe Synode! Ich möchte den Antrag auf Schluß der Debatte zu diesem Thema stellen. Begründung: Herr Greiner und Frau Hausding haben genau das gemacht, was gefordert wurde, Sie haben nämlich in dieser Sache ein Gespräch angeregt, weil hier öffentlich diskutiert wurde und Beschwerden und Irritationen da waren. Die Ausführungen von Frau Junkermann, von Herrn Bischof Renz und von Herrn Dr. Maier waren hilfreich, informativ und schlüssig. Was Sie, Herr Bauch, jetzt im nachhinein gesagt haben, war wenig hilfreich. Deswegen wollen wir die Debatte nicht weiterführen, sondern ich bitte um Schluß der Debatte. (Beifall)

Greiner: Herr Bauch, ich möchte zwei Sätze zu dem Stichwort „Dauerhaft spaltendes Thema durch die Lebendige Gemeinde“ sagen.

Erstens: Sie haben die Voten von Frau Junkermann und vom Herrn Landesbischof lobend hervorgehoben. Wenn wir das hier nicht zur Sprache gebracht hätten, hätten wir diese guten Voten überhaupt nicht gehört. (Heiterkeit)

Zweitens: Dauerhaft spaltendes Thema. Es sind zwei Positionen, und die stehen da. Das dürfen wir doch sagen.